



Präsidium des Deutschen Reichs

Deutsches Reich/Deutschland

in der Funktion des persistent objector

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich innerhalb der Reichsgrenzen 1914, 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkriegs, und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer Reorganisation seiner Gliedstaaten
- ius cogens -

Amtsblatt Nr. 35 vom 05. Oktober 2019

Öffentliche Bekanntmachung
www.Staatenbund-DeutschesReich.info

3. Oktober 1990 – Übernahme der Sowjetischen Besatzungszone

Im Herbst 1990 wurde die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) von den westalliierten Besatzungsmächten übernommen und in das durch die BRD seit 1949 bereits verwaltete Vereinigte Wirtschaftsgebiet einverleibt.

Diese erneuerte Besatzung ist im Zwei plus Vier-Vertrag zwischen den alliierten Besatzungsmächten des Zweiten Weltkriegs und mit ihren eingesetzten Verwaltungen, der Bundesrepublik Deutschland (BRD) sowie der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), geregelt.

Somit entstand das Vereinigte (vereinheitlichte) Wirtschaftsgebiet der vier Besatzungszonen zur weiteren Verwaltung des völkerrechtswidrigen Dritten Reichs.

Das Dritte Reich nahm das Volk der Preußen durch die gewaltsame, völkerrechtswidrige Einverleibung Preußens mit Hilfe der Privatpolizei der NSDAP in die Weimarer Republik (Preußenschlag am 20. Juli 1932) und auch alle anderen deutschen Völker mit dem Entzug ihrer Staatsangehörigkeiten durch die Verordnung vom 05. Februar 1934 zur einheitlichen Staatsangehörigkeit „deutsch“ in Sippenhaft.

Diese Sippenhaft führt die BRD-Westalliiertenverwaltung mit der Staatsangehörigkeit „deutsch“ fort, um das Dritte Reich aufrecht zu erhalten und sich selbst als Verwalter des Dritten Reichs zu legitimieren, um sich im so genannten Gewohnheitsrecht letztendlich den Grund und Boden der indigenen, autochthonen deutschen Völker anzueignen, unter der Vortäuschung eines Staates mit dem Fantasiestaat als Bundesrepublik Deutschland.

Die Nachkriegsordnung ist jedoch zu Ende!

Dies erklärte die Bundeskanzlerin Frau Merkel selbst auf der internationalen Pressekonferenz am 27. April 2018 öffentlich im Weißen Haus, Washington D.C., im Beisein des amerikanischen Präsidenten Trump!

Deshalb sind die deutschen Völker aus der Sippenhaft des durch die BRD verwalteten Dritten Reichs zu entlassen und die staatlichen Verwaltungen der einzelnen Glied-/ Bundesstaaten sind wieder herzustellen, im Status quo ante (bellum) auf den Grundlagen

- * der Haager Landkriegsordnung,
- * der Genfer Menschenrechtskonventionen,
- * der UN / VN - Charta Artikel 73 und
- * unter Beachtung der Ausführungsgesetze zur Restitution/Reorganisation des Deutschen Reichs vom 27. 11. 2016,

**denn dieser Grund und Boden gehört den indigenen,
autochthonen deutschen Völkern!**